



Leserbrief an die

Landeszeitung für die Lüneburger Heide (LZ)

Hannover, 08.02.2010

Beamtenparadies Deutschland?

Mehr Sachlichkeit und Information ist angebracht. Nun geht es also wieder los. Im Fernsehen (zuletzt bei Anne Will am Sonntag) und in den Printmedien (LZ vom 30/31.10) wurde wieder ohne jede Sach- und Detailkenntnis über das angebliche Beamtenparadies, die Überbezahlung und Überpension der Beamten hergezogen. Ist schon erstaunlich wie schnell man doch als angeblicher Experte ins Fernsehen kommt.

Schade nur, dass die Wenigsten sich in der Materie auskennen. Fakt ist, die Länder haben bereits 1951 festgelegt, dass die Gehälter der Beamten um 9% geringer ausfallen sollten damit Rücklagen gebildet werden können. Zudem haben die niedersächsischen Beamten dramatische Gehaltskürzungen durch Wegfall des sog. Weihnachts- und Urlaubsgeldes, Kürzungen bei den Beihilfen, Streichung von Zulagen und Aufwandsentschädigungen etc. in Höhe von rund 14 % netto erlitten. Kriminalbeamte in Niedersachsen haben noch höhere Kürzungen erlitten, da ihnen noch nicht mal die notwendigen Aufwendungen erstattet werden. Vom Kaffee für den Gewalttäter bei der Vernehmung durch die Kripo will ich da gar nicht sprechen! Das berechnen wir schon gar nicht mehr. Die Aufzählung der Kürzungen würde eine ganze LZ-Seite beanspruchen!

Es hat auch offensichtlich niemanden interessiert, dass die nds. Landesregierung gerade die von den Beamten selbst erbrachte, durch Gehaltskürzungen geschaffene Versorgungsrücklage zur Bezahlung der Pensionen in Höhe von 500.000.000 Euro im allgemeinen Haushalt verbraten hat (auch die LZ schwieg). Nun rufen einige interessierte und uninformierte Kreise schon wieder, haltet den Dieb und die Beamten sollen erneut zur Kasse gebeten werden. Die einzige Abgabe, die die nds. Beamten nicht zahlen, ist der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung. Diese Abgabe würden wir gerne zahlen, damit möchten wir aber auch alle gesetzlich verbrieften Arbeitnehmerrechte haben! Frau Simonis ist als Landesmutter mal mit Versuch gescheitert in Schleswig-Holstein Lehrer als Angestellte und nicht als Beamte einzustellen und zu beschäftigen. Das wurde zu teuer!

Wer arbeitet schon gerne für ab 1,80 € mehr am Wochenende pro Stunde? Wer lässt sich von Fußballhooligans mit Flaschen bewerfen, von Rechtsextremen anpöbeln, von Linksextremisten als Nazischwein beschimpfen und von Trunkenbolden und Eventern verhauen? So geht es derzeit vielen Kollegen und Kolleginnen die dafür 6 Semester studiert haben und dann mit rund 1800 Euro Netto (je nach Alter unterschiedlich) nach Hause gehen dürfen! Ach so, künftig soll auch noch die Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit besonders besteuert werden. Wieder ein Griff in die Taschen derjenigen, die für die Gemeinschaft, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat den Kopf hinhalten.

Wer also gegen die Beamten wettet und polemisiert sollte sich vorher informieren wie es tatsächlich aussieht. Es steht im Übrigen nicht zu vermuten, dass auf der „Steuersünder CD“ irgendein Beamter verzeichnet ist, der sein „Schwarzgeld“ (wo her auch) in die Schweiz transferiert hat!

Als Kriminalbeamter sehe ich einige Entwicklungen, Stimmungen und Tendenzen in unserer Gesellschaft mit großer Sorge.

Hans-Dieter Wilhus
Stellvertr. Landesvorsitzender
BDK Landesverband Niedersachsen